

PRESSEMITTEILUNG

Berliner Deeskalationskonzept zum 1. Mai hat sich bewährt / klares Bekenntnis gegen linke Gewalt erforderlich

Wir freuen uns, dass die diesjährige Walpurgisnacht und 1.-Mai-Demonstration größtenteils friedlich verliefen. Dass der groß angekündigte Neonazi-Aufmarsch floppte, ist den vielen tausend Demonstrantinnen und Demonstranten zu verdanken. Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

In diesem Jahr hat sich das Einsatzkonzept der Berliner Polizei bewährt. Durch das professionelle und weitestgehend deeskalierende Vorgehen der Einsatzkräfte gab es deutlich weniger Ausschreitungen als im vorigen Jahr. Neben 370 Platzverweisen und 487 Festnahmen erhielten acht Personen einen Haftbefehl.

Dass trotz der positiven Bilanz mindestens 98 Polizeibeamte und viele Zivilisten verletzt wurden, zeigt einmal mehr, dass rechte aber auch linke Gewalt bekämpft werden muss. Wir brauchen einen gesellschaftlichen Grundkonsens gegen linke Gewalt und keine Zusammenarbeit mit Autonomen. Wir haben kein Verständnis für linksextreme Steinwerfer und linksautonome Randalierer, die die friedlichen Anti-Nazi-Demonstrationen nutzen, um ihre Ablehnung gegenüber dem Staat und der Polizei gewaltvoll Ausdruck zu verleihen. Die Polizisten dienen der Verteidigung des deutschen Rechtsstaats in jeglicher Hinsicht.

Vor diesem Hintergrund fordern wir von allen demokratischen Parteien – auch von der SPD und den Jusos – ein klares Bekenntnis gegen linke Gewalt.

Ziviler Ungehorsam ist keine geeignete Grundlage für den Kampf gegen Rechtsextremismus. Sitzblockaden sind rechtswidrig. Wir kritisieren das schamlose Ausnutzen der Immunität einiger Bundes- und Landesabgeordneter, um mediale Aufmerksamkeit zu erhaschen.

Der Gesprächskreis Junge Sozialdemokratie Berlin ist Bestandteil der Pragmatischen Linken, das bundesweite Bündnis junger Menschen innerhalb der SPD die für eine moderne, realpolitische und soziale Politik eintreten. Grundsatz unserer Strömung ist es, dass sich sozial gerechte Wertorientierung und verantwortungsbewusste Politik nicht ausschließen, sondern einander bedingen.

Für Rückfragen:

Joschka Langenbrinck 0172 15 44 633
Björn Stecher 0170 96 47 696

Sprecher des Gesprächskreises Junge Sozialdemokratie Berlin